

Stellungnahme

Ab 1.1.2017 gravierende Änderungen für Studierende – Informationen bleiben aus

Ab 1.1.2017 tritt der neue Rahmenvertrag der VG-Wort in Kraft. Die VG-Wort ist eine Verwertungsgesellschaft, die die Urheberrechte von Autor*innen durchsetzt, indem sie die Vergütung der Werke garantiert. Bisher zahlten Hochschulen einen Pauschalbetrag an die VG-Wort. Diese Regel gilt ab nächstem Jahr nicht mehr. Dann müssen Dozierende jedes einzelne Werk, das sie online stellen möchten, bei der VG-Wort melden, damit es vergütet werden kann. Die VG-Wort selbst verweist auf ein Urteil des Bundesgerichtshof von 2013, das die Handlungsspielräume des Vertrages einschränkt. Neben Hochschulen aus anderen Bundesländern haben auch die Hochschulen von Rheinland-Pfalz den Rahmenvertrag nicht unterschrieben. Zu Recht, denn dies bedeutet mitunter erhebliche finanzielle und bürokratische Mehrbelastung. Deshalb unterstützen wir die Universitätsleitung in der Entscheidung, sich zunächst nicht auf die aktuell vorliegenden Bedingungen der VG-Wort einzulassen.

Seitens der Johannes-Gutenberg Universität Mainz (JGU) gibt es eine Stellungnahme zu dem Sachverhalt über das Universitätenbündnis German U15 (<http://www.german-u15.de/presse/PM-KMK.html>). An die Studierenden erfolgte seitens der Universitätsleitung bisher leider keine Information bezüglich der Folgen des Nichtabschließens des Vertrages mit der VG-Wort.

Jedoch bedeutet das Nichtabschließen eines neuen Vertrages, dass Studierende ab dem 1.1.2017 zu den großen Verlierer*innen in diesem Streit werden. Denn im Extremfall bedeutet dies, dass sich jede*r einzelne Studierende die Lektüren selbst zusammenstellen muss.

Viele Studierende sind auf die Online-Plattformen angewiesen. Da die Hochschulen an einer chronischen Unterfinanzierung leiden und dadurch insbesondere der prekäre Mittelbau in seinen Ressourcen mehr als ausgeschöpft ist, liegt die Befürchtung nahe, dass die Mitarbeitenden nicht die Ressourcen haben, die Studierenden anderweitig mit Lektüren zu versorgen. Im digitalen Zeitalter entstehen erhebliche Mehrkosten durch analogen Druck. So entsteht eine Privatisierung auf zwei Ebenen: Einerseits werden die Studierenden zum Kopieren oder zum Ankauf von Lehrbüchern - die nur partiell benötigt werden - gezwungen, andererseits wurden die bisherigen Kosten für die VG-Wort Verträge durch die Gelder des Landes direkt gedeckt, was künftig nicht mehr der Fall sein wird. So kommen zu den sowieso schon stetigen Kürzungen der Landesmittel für die Hochschulen vom Land noch erheblichen Mehrkosten auf die Hochschulen zu. Diese Kürzungen schlagen sich an der JGU bereits unter anderem darin nieder, dass Neuanschaffungen von Fachliteratur für die Bibliotheken nicht oder nur in sehr geringem Maße getätigt werden.

Insbesondere warnt der AStA vor einer weiteren sozialen Schließung der Hochschulen. „Der Verlust großer Teile des digitalen Lehrangebots trafe vor allem jene Studierende, die in besonderem Maße auf dieses angewiesen sind, weil sie aufgrund familiärer Verpflichtungen, gesundheitlicher Einschränkungen oder zur Sicherung des Lebensunterhalts vermehrt zuhause Lehrinhalte nacharbeiten müssen“, befürchtet Michel Kleinschnieder, Referent für die Belange Behinderter und chronisch Kranker. „Gerade diese Kommiliton*innen sind es auch, die oftmals weder über die finanziellen Ressourcen verfügen, um eine umfangreiche Fachbibliothek zu erwerben, noch über die zeitlichen, um sich die diversen Inhalte individuell zusammenzukopieren“, betont Elternreferentin Rebecca Kleemann.

Die finanzielle Absicherung von Autor*innen darf nicht auf Studierende abgewälzt werden, sondern muss gesamtgesellschaftlich sichergestellt sein.

Deshalb fordert der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) die Universität auf, die Studierenden schnellstmöglich über die entstehenden Konsequenzen, dass es ab 01.01.2017 keinen Pauschalvertrag mit der VG-Wort gibt, ausführlich zu informieren.

Außerdem fordern wir, dass es schnellstmöglich zu einem Abschluss eines neuen Rahmenvertrages, mit besseren Bedingungen für die Hochschulen, als im bisher vorgestellten Rahmenvertrag, kommt.